
Taiwan

*(31)

Auseinandersetzungen über Präsidentschaftswahl-Modell

Seit über einem Monat ist in Taiwan wieder heftiger politischer Streit um ein neues Modell für die zukünftige Präsidentschaftswahl aufgeflammt. Eigentlich geht es hier in erster Linie um eine Auseinandersetzung zwischen der Oppositionspartei Minjindang (MJD) und der Regierungspartei Guomintang (Kuomintang, GMD); inzwischen ist letztere aber in dieser Frage tief gespalten. Bisher wurde der Präsident gemäß der geltenden Verfassung von der Nationalversammlung gewählt. Die MJD befürwortet die Einführung von Direktwahlen, wohingegen die GMD noch vor kurzem ein Mischmodell zwischen Direkt- und Indirektwahl nach dem Vorbild der USA bevorzugt hat, also den Präsidenten durch Wahlmänner mit imperativem Mandat zu wählen. So mußte, so heißt das Argument, die bestehende Verfassung mit der Institution der Nationalversammlung nicht viel verändert werden. Im März d.J. kam es in der Parteiführung aber zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten darüber. Während der eine Flügel hinter Präsident und Parteivorsitzendem Li Denghui (Lee Teng-hui) zur Direktwahl tendierte, beharrte der andere Flügel hinter Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) weiter auf das Wahlmänner-Modell.

Auf der Plenartagung des Zentralen Exekutivkomitees der GMD vom 14. bis 16. März lieferten sich beide Flügel zwei Tage lang leidenschaftliche Debatten und konnten sich nicht einigen. Um die Partei vor einer endgültigen Spaltung zu bewahren, fand man sich zu dem faulen Kompromiß zusammen, der Nationalversammlung die Wahl zwischen den beiden Modellen zu überlassen. Ende März beschloß der Ständige Ausschuß des Zentralen Exekutivkomitees weiter, in der Nationalversammlung vorläufig keine Entscheidung über diese Frage zu fällen.

In der Ende des vergangenen Jahres neu gewählten Nationalversammlung verfügt die GMD über eine bequeme Mehrheit für Verfassungsänderungen.

Aber wegen der Uneinigkeit innerhalb der Partei sind die Meinungen der GMD-Deputierten ebenfalls gespalten. Trotz des genannten Beschlusses der Parteiführung hält die Auseinandersetzung über das Präsidentschaftswahl-Modell weiter an. Zwischen dem 19. und 24. April veranstaltete die MJD in der Hauptstadt eine Reihe von Demonstrationen für eine unverzügliche Einführung von Direktwahlen für das Präsidentschaftamt. Allerdings fanden sie bei der Bevölkerung kein großes Echo, obwohl mehrere Meinungsumfragen zufolge eine Mehrheit der Bürger zur Direktwahl des Präsidenten tendiert. (LHB, ZYRB und CP, 25.4.92; ZZ, 1.5.92) -ni-

*(32)

Besuch des Vizepräsidenten von Bolivien

Der Vizepräsident von Bolivien, Luis Ossio Sanjinés, besuchte Taiwan vom 24. bis 29. April. Sein Besuch wurde aufmerksam verfolgt, weil Bolivien volle diplomatische Beziehungen mit Beijing unterhält. Ende Oktober 1990 hatte das lateinamerikanische Land trotz der diplomatischen Beziehungen mit Beijing Taiwan gestattet, eine Vertretung mit der Bezeichnung "Büro für Handel und konsularische Angelegenheiten der Republik China" in La Paz zu gründen, das den gleichen Status wie internationale Organisationen genießt (siehe dazu C.a. Oktober 1990, Ü 42, S.782).

Während des Besuches von Sanjinés wurde auch eine offizielle Vertretung seines Landes in Taipei eröffnet. Gegenüber der Presse wick er der Frage aus, ob La Paz bereit sei, diplomatische Beziehungen zu Taipei wieder aufzunehmen. Er sagte nur, er gehöre zu der Oppositionspartei Boliviens, die ein starkes Interesse daran habe. (LHB, 26.4.92; FCJ, 28.4.92) Taiwans diplomatische Beziehungen zu Bolivien waren am 11. Juli 1985 abgebrochen worden, nachdem dieses zwei Tage zuvor diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatte. -ni-

*(33)

Wirtschaftshilfe an Ukraine, Rußland und Weißrußland

Vizeaußenminister Zhang Xiaoyan (John Chang) unternahm vom 7. bis 17. April zum drittenmal innerhalb ei-

nes halben Jahres eine "Reisediplomatietour" in Länder der ehemaligen Sowjetunion. Wie berichtet (C.a., Dezember 1991, Ü 34, S.760 f. und Februar 1992, Ü 34, S.80), hatte er im November des vergangenen Jahres die drei baltischen Länder und im Januar d.J. die Ukraine, Rußland und nochmals Lettland besucht. Bei der ersten Reise war es ihm gelungen, Lettland, Estland und Litauen trotz ihrer diplomatischen Beziehungen zu Beijing zur Aufnahme halbamtlicher Handelsbeziehungen zu Taiwan zu überreden. Bei seiner zweiten Reise wurden die Aufnahme halbamtlicher Handelsbeziehungen zwischen Taiwan und der Ukraine und die Anhebung der Beziehungen zwischen Taiwan und Lettland auf Generalkonsulebene vereinbart. Außerdem versprach Taiwan, 100.000 t Reis an Rußland und Medikamente im Wert von 15 Mio. US\$ der Ukraine zu schenken. Dies wurde in Taiwan auch als ein politischer Durchbruch bewertet, weil die beiden Länder trotz ihrer vollen diplomatischen Beziehungen zur VR China die Bedingung akzeptierten, die Lieferungen offiziell als Spenden der "Republik China" zu empfangen und daneben noch symbolisch einen Teil davon per Flugzeug und Schiff Taiwans mit "nationaler Flagge" der Republik China nach Rußland bzw. in die Ukraine zu verfrachten.

Nach der Errichtung des Generalkonsulats Taipeis in Riga hat Beijing im Februar d.J. den Plan zur Eröffnung seiner Botschaft in Lettland suspendiert. Beijings Botschafter in der Ukraine protestierte diesmal auch gegen die Landung der Maschine der "China Airlines" aus Taiwan in Kiew mit den Medikamenten an Bord. Offenbar deswegen wurde das erste Kontingent der Schenkung ohne die von Taiwan gewünschte große Zeremonie übergeben. In Weißrußland und Rußland wurde die von Zhang geführte Delegation noch bescheidener empfangen. Taiwan übergab Weißrußland Medikamente im Werte von 0,5 Mio. US\$, die statt mit einem taiwanesischen Sonderflugzeug mit einer normalen internationalen Linienmaschine eintrafen. Außerdem spendete Taiwan noch 0,5 Mio. US\$ an humanitärer Hilfe für die Tschernobyl-Katastrophenopfer.

Für die Übergabe vom Reis an Rußland fand am 23. April eine Zeremonie in der nordtaiwanesischen Hafenstadt

Keelung (Jilong) statt, an der die russischen Minister für Getreide und Handel teilnahmen. Zur Übernahme eines Teils des geschenkten taiwanesischen Reises ist der russische Frachter "Alisher Novoi" in den Hafen eingelaufen. Zhang bezeichnete seinen ersten Besuch in den GUS im Januar als eine "Eisbrecher"-Reise und den jüngsten Besuch als eine Reise der "Aussaat". (LHB und CP, 7.-24.4.92; ZYRB, 8.-25.4.92; FCJ, 10.-24.4.92) -ni-

Hongkong und Macau

*(34)

Chris Patten, neuer Gouverneur von Hongkong

Die britische Regierung hat am 24. April offiziell den Vorsitzenden der Konservativen Partei (Tory) Chris Patten (47) zum neuen Gouverneur der Kronkolonie Hongkong ernannt. Wie berichtet (C.a., Dezember 1991, Ü 38, S.762 f), war der Rücktritt des amtierenden Gouverneurs Sir David Wilson (57) bereits im letzten Dezember von London angekündigt worden. Da sich die Ernennung des Nachfolgers aufgrund der jüngsten Parlamentswahlen in Großbritannien verzögerte, gab es in den letzten Monaten viele Spekulationen über die möglichen Kandidaten. Zeitungsmeldungen zufolge hat Premierminister John Major die Pfründe des Gouverneuramtes - steuerfreies Jahresgehalt von 140.000 Pfund (rd. 410.000 DM) plus Monatszuschlag von 2.800 Pfund für gesellschaftliche Verpflichtungen, eine palastartige Residenz mit einem Park, ein Landhaus mit Swimmingpool, ein Rolls-Royce-, zwei Daimler-Limousinen, ein Hubschrauber und die 30 m lange Yacht "Lady Maurin" - als Belohnung oder Trostpreis an Patten gegeben, der als Parteivorsitzender zum allgemein unerwarteten Wahlsieg von Tory am 9. April beigetragen hat, aber zugleich selbst im eigenen Wahlkreis Bath nicht wiedergewählt wurde. (SCMP, 16. und 26.4.92; FT und IHT, 25./26.4.92; HB, 27.4.92)

In Hongkong als auch in London wurde die Ernennung von Patten mit Genugtuung aufgenommen. Im Hinblick auf sein politisches Gewicht als Tory-

Parteivorsitzender erhofft man sich, daß die britische Regierung Hongkong in der letzten Phase vor der Rückgabe der Kolonie an China 1997 mehr Bedeutung beimißt. Es ist das erstmal in der Geschichte der Kolonie, daß ein hochkarätiger Politiker statt eines Karrierediplomaten oder eines China-Experten zum Gouverneur ernannt wurde. Doch es werden auch Bedenken geäußert, daß Patten im Vergleich zu seinen Vorgängern die chinesische Sprache nicht beherrscht und keine Asienerfahrung hat, und Unmut regte sich, daß das höchste Amt Hongkongs als Geschenk behandelt werde. (DGB, 26.4.92)

Patten, seit 1990 Parteivorsitzender, gehört zum linken Flügel der Konservativen Partei. In der Vergangenheit war er nur zweimal kurz in Hongkong: 1979 als Mitglied einer parlamentarischen Delegation und 1988 als Staatsminister für Übersee-Entwicklung. Zweimal hat er auch die VR China besucht. Anfang der 80er Jahre hat er sich als Abgeordneter im britischen Unterhaus für die Errichtung der Bezirksräte in Hongkong als ersten Schritt zur Demokratisierung der Kolonialregierung eingesetzt, heißt es. Sein neues Amt bezeichnete er als eine Herausforderung für ihn. In letzter Zeit waren im Hinblick auf die Übergabe der Kolonie 1997 immer mehr Interessenkonflikte zwischen den Briten, Chinesen und einheimischen Hongkongern aufgetaucht, wie z.B. die Probleme im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Flughafens, Gesetzesänderungen für die Prinzipien der Menschenrechte, Struktur des geplanten höchsten Berufungsgerichts, die Privatisierung des Regierungsrundfunksenders, Forderung der einheimischen Demokraten nach Erhöhung der Anzahl der direkt gewählten Abgeordneten im Legislativrat usw.

Trotz seines Rufes als "brillanter Unterhändler" wird es für ihn sicher keine leichte Aufgabe sein, alle Seiten zufriedenzustellen. Beijing und viele Leute in Hongkong befürchten, daß der neue Gouverneur die britischen Interessen bevorzugen wird. Vor der Presse betonte er, daß es die Hauptaufgabe für ihn als Gouverneur sei, die Interessen der Einwohner von Hongkong zu wahren. Er bezeichnete seine freundschaftlichen Beziehungen zu Premierminister Major und Außenminister Douglas Hurd als eine gute Vorausset-

zung für diese Aufgabe und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß er als Politiker kein Jasager sei. Zugleich bezeichnete er gute Beziehungen zu China als sehr wichtig für Hongkong in der letzten Phase der Übergangszeit.

Patten, der 28. Gouverneur der britischen Kolonie, will bis zur Übergabe Hongkongs an China 1997 in seinem neuen Amt bleiben. Damit wird er der letzte britische Gouverneur in Hongkong sein. Viele seiner Parteifreunde bedauern es, daß er das Machtzentrum London verläßt. Nach eigenen Worten wäre er nicht Gouverneur von Hongkong geworden, wenn er seinen Sitz im Unterhaus bei den letzten Wahlen nicht verloren hätte. Das Angebot von Premierminister Major, ihn durch By-Wahl oder durch Verleihung eines Lord-Titels ins Parlament zu schicken, lehnte er ab. Der Amtsantritt des neuen Gouverneurs ist für kommenden Juli vorgesehen.

Neben dem Amtswechsel des Gouverneurs ist noch ein für die Kronkolonie wichtiger Posten im britischen Außenministerium neu besetzt: Alastair Goodlad (49), stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Regierungspartei im britischen Unterhaus, übernahm das Amt des Staatsministers für Hongkong, Südostasien, Australien und den Pazifik. (SCMP, 16.4.92) -ni-

*(35)

Hongkongs Regierungsetat 1992/93 nach heftigen Debatten vom Legislativrat verabschiedet

Der Legislativrat von Hongkong hat nach mehrwöchigen heftigen Debatten am 1. April das Ausgabenbudget der Kolonialregierung für das neue Finanzjahr (1. April 1992 - 31. März 1993) mit 36 gegen 18 Stimmen verabschiedet. Am 4. März hatte Finanzminister Hamish MacLeod dem Legislativrat einen Haushaltsplan mit Ausgaben von insgesamt 115,1 Mrd. HK\$ (7,80 HK\$ = 1 US\$) und Einnahmen von insgesamt 128,7 Mrd. HK\$ vorgelegt. (SCMP, 5.3.92) Er stieß auf Kritik sowohl im Legislativrat als auch in der Öffentlichkeit, weil die Regierung trotz der großen Anhäufung von Finanzreserven und zweistelligen Preissteigerungsraten derzeit eine Reihe von Steuererhöhungen im neuen Haushaltsplan vorsieht.